

# Personalrat fordert mehr Teilzeitjobs

## Erzieherinnen sollen 35-Stunden-Woche behalten / Stadt dagegen

**Beeskow (ima)** Mit den geplanten Entlassungen von Erzieherinnen in Beeskows Kitas und Horten befaßt sich derzeit das Verwaltungsgericht in Frankfurt/Oder. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) hat die Richter aufgefordert zu prüfen, ob ein Vertrag rechtmäßig ist, der im April '93 zwischen dem damaligen Personalrat und der Stadtverwaltung geschlossen wurde. Die Vereinbarung regelt, daß alle Erzieherinnen in Kitas und Horten für ein Jahr nur noch 32 bzw. 35 Stunden arbeiten und mit diesem Gehalt dann auch in die Arbeitslosigkeit gehen, erklärt Personalrätin Adelheid Teuchert.

Es gibt aber noch eine andere Vereinbarung vom März '93, die fast genau dasselbe besagt wie die vom

April – mit einem Unterschied: Vor der Entlassung muß die Stadt gekündigten Erzieherinnen noch ein halbes Jahr Vollzeit-Gehalt zahlen. „Keine von den Erzieherinnen wußte was von diesem zweiten Vertrag, den noch der alte Personalrat abgeschlossen hatte“, erklärt Adelheid Teuchert. Nun sollen die Richter entscheiden, welches Dokument gilt.

Mittlerweile hat der Personalrat der Verwaltung einen neuen Vertrag vorgelegt. Danach sollen alle Gekündigten bis zu 40 000 Mark erhalten. Außerdem schlägt der Personalrat vor, ältere Kolleginnen mit einer Abfindung in den Ruhestand zu entlassen und dreijährige Beurlaubungen mit Abstandszahlung und anschließender Wiedereinstellung zu ermöglichen. Außerdem sollten mehr

Teilzeit-Jobs auch in der Verwaltung geschaffen werden. In der Hauptsache aber wollen die Vertreter der Arbeitnehmer die generelle Teilzeitbeschäftigung für Erzieherinnen beibehalten. Der für die Frauen entstehende Lohnausfall soll mit einer einmaligen Abfindung abgegolten werden. „Um Kündigungen wird man wahrscheinlich nicht herum kommen“ befürchtet Adelheid Teuchert. Doch zumindest sollten Entlassungen „in Größenordnungen“, wie von Bürgermeister Taschenberger angekündigt, verhindert werden. Taschenberger hält die Vorschläge von ÖTV und Personalrat für „unrealistisch“. Dafür fehle der Stadt das Geld. Eine Fortführung des alten, auf ein Jahr begrenzten 35-Stunden Vertrages lehnt er ab. Das sei keine Lösung.